



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Thimme, Friedrich: Der Kurs des neuen Kanzlers

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der Kurs des neuen Kanzlers

Von Dr. Friedrich Thimme

Erst jetzt, nach dem großen Revirement im Reich und in Preußen ist es möglich, dem neuen Kanzler das politische, vor allem das innerpolitische Horoskop zu stellen. Zwar hat der Nachfolger des Herrn von Bethmann Hollweg seit seiner ersten Reichstagsrede vom 19. Juli, die so vielfach aus- und umgedeutet wurde, häufiger Gelegenheit genommen, sich zu äußern, so am 28. Juli bei dem Empfang der Pressevertreter, so auf der Reise nach München und Dresden zu den Vertretern der „Münchener Neuesten Nachrichten“ und des Dresdener gleichnamigen Blattes, so in seiner Ansprache bei der Gedenkfeier im Reichstage am 4. August, so endlich in mancherlei Begrüßungs- und Antworttelegrammen, wie sie der Ernennung eines leitenden Staatsmannes zu folgen pflegen. Aber all' diese Äußerungen hatten noch keinen klaren Einblick in das politische Wollen des neuen Kanzlers geben können. Sie waren doch durchweg so allgemein gehalten, daß sie gleich jener ersten Reichstagsrede eine sichere Voraussage über den Kurs des Herrn Dr. Michaelis nicht gestatteten. Das galt schon hinsichtlich der Stellung des sechsten Kanzlers zur Friedensfrage. Wie früher alle Äußerungen des Herrn von Bethmann Hollweg von sozialdemokratischer Seite für ihre Auffassung von der Friedensfrage in Anspruch genommen wurden, zur äußersten Beschwer der alldeutschen und konservativen Kreise, so war es seit den ersten Tagen des Herrn Dr. Michaelis genau umgekehrt: jetzt wurde jedes Wort des neuen Kanzlers von alldeutsch-konservativer Seite in entgegengesetzter Richtung ausgebeutet, mit dem Erfolge, daß nun die Linke immer dringender den Ruf nach voller, „kristallheller“ Klarheit ertönen ließ. Auch die Dresdener Äußerungen des Herrn Dr. Michaelis über die Nervosität, mit der die innerpolitischen Kämpfe in der letzten Amtszeit des Herrn von Bethmann Hollweg von den verschiedensten Seiten geführt worden seien, sind von den alldeutsch-konservativen Blättern ganz einseitig zu ungunsten der Reichstagsmehrheit, ja zu ungunsten Herrn von Bethmann Hollwegs selbst, sicherlich gegen die Absicht

des Kanzlers gedreht und gedeutet worden. Ganz wohl war freilich den Zeitungen dieser Richtung bei ihren Auslegungskünsten selbst nicht: am 1. August machte jedenfalls die „Deutsche Tageszeitung“ noch einen sorgfältigen Unterschied zwischen dem Vertrauen, das sie der Obersten Heeresleitung und dem, das sie dem Reichskanzler entgegenbringe: „Wir vertrauen der Obersten Heeresleitung und sind auch frei von kleinlichem Mißtrauen gegen die staatspolitische Reichsleitung; wir vertrauen unseren Feldherren und Truppen, die jetzt wieder so Herrliches vollbringen!“

Aller Augen richteten sich bei dieser allgemeinen Unsicherheit der Auffassung auf den bevorstehenden Wechsel in den höchsten Reichs- und Staatsämtern, der durch die Fahrt des Kaisers und Königs zum östlichen Kriegsschauplatz für kurze Zeit verschoben war. In der Zwischenzeit wurde in der Presse um die gehenden und kommenden Männer ein förmlicher Schwertertanz vollführt. Von alldeutsch-konservativer Seite wurde dem Reichskanzler immer deutlicher zu verstehen gegeben, daß das Maß von Vertrauen, das man ihm entgegenzubringen gewillt sei, von der richtigen Auswahl seiner nächsten Gehilfen im Reich und im Staat abhängig sein werde. Die „Deutsche Tageszeitung“ legte dabei das Hauptgewicht auf die Ernennung des Staatssekretärs des Auswärtigen, die „Kreuzzeitung“ auf die Frage, ob ein Sozialdemokrat für irgendeins der höchsten Ämter in Betracht gezogen werde. Jene wandte sich im voraus mit besonderer Schärfe gegen die Kandidatur des bisherigen Botschafters von Konstantinopel, Herrn von Kühlmann, für das Staatssekretariat des Auswärtigen. Sie wollte in ihm durchaus den Hauptvertreter einer „Politik von Anschauungen und Zielen“ sehen, „welche völlig, aber auch bis aufs letzte abgewirtschaftet haben, deren eine lange Reihe von Tatsachen erwiesen worden sind, und deren Vertreter nicht nur als Konstrukteure von politischen Kartenhäusern auf die Nachwelt kommen werden, sondern als Propagatoren einer oberflächlich-kurzichtigen und unheilvollen Politik, welche das Deutsche Reich so oder so auf die schiefe Ebene bringen mußte.“ Offen sprach die „Deutsche Tageszeitung“ es aus: es wäre merkwürdig und bedenklich, wenn gerade einem solchen Manne jetzt das Steuer der auswärtigen Politik anvertraut werden sollte; man würde dann der Entwicklung der Dinge mit besonderer Aufmerksamkeit und Sorge folgen müssen, im Hinblick auf den Fortgang des Krieges ebenso wohl wie auch der Friedensverhandlungen.“ — Nicht geringere Bedenken hat die „Kreuzzeitung“ gegen die mögliche Ernennung eines Sozialdemokraten zum Minister geltend gemacht. Indem sie an der fragwürdigen Fiktion festhielt, als ob die Sozialdemokraten schlechthin Feinde des Staatswesens, wie es gegenwärtig bestehe, seien, schrieb sie (31. Juli): „Sollten die Sozialdemokraten nun in ihrem Kampfe unterstützt und gefördert werden, indem sie an der Regierung desselben Staates beteiligt werden, den sie negieren? Wäre das nicht geradezu Selbstmord des Staates? Ist ein Sozialdemokrat Minister, kann es dann noch für irgendeinen Staatsbürger ein Pudendum sein, um diesen Bismarckschen

Ausdruck zu gebrauchen, sich zur Sozialdemokratie zu bekennen, für sie einzutreten und sie zu fördern? Wir halten es für ausgeschlossen(!), daß der Staat so gewissermaßen den Kampf gegen sich selber legitimieren sollte und daß deshalb ein Sozialdemokrat für irgendeins der höchsten Ämter im Reich oder in Preußen in Frage kommen könnte!"

Unbekümmert um alle solche Befürchtungen und Warnungen ist der neue Reichskanzler seines Weges geschritten. Auf seinen Vortrag hat der Kaiser, kaum von der Fahrt nach Ostern zurückgekehrt, am 5. August über die Neubesezung von Reichsämtern und preußischen Ministerien seine Entscheidung getroffen. Der Umfang des Revirements wie die Besezung der einzelnen Posten geben uns klare und deutliche Aufschlüsse über die Gesamttrichtung der Politik des Herrn Dr. Michaelis. Mit einiger Sicherheit wenigstens kann jetzt gesagt werden, wohin der Kurs geht.

Von großer und symptomatischer Bedeutung ist zunächst der Umfang des Revirements, das sich auf die große Mehrzahl der Reichsämter und der preußischen Ministerien erstreckt. Als am 11. Juli die bisherigen Inhaber dieser Stellen dem Kaiser und Könige ihre Ämter zur Verfügung stellten, da geschah es mindestens bei der Mehrzahl der preußischen Staatsminister weniger aus sachlichen Gründen, d. h. aus Bedenken gegen die an diesem Tage erfolgte Proklamierung des Grundsatzes der gleichen Wahl in Preußen, als aus persönlichen Gründen, rund herausgesagt aus einer Auflehnung gegen die Persönlichkeit und Wirksamkeit Herrn von Bethmann Hollwegs heraus. Wären nun nach dem Rücktritt des fünften Kanzlers diese Minister im Amte verblieben, was von einer gewissen Presse befürwortet wurde und wozu einige der Minister selbst geneigt gewesen zu sein scheinen, so hätte das unzweifelhaft die Bedeutung einer prononzierten Abkehr von den Pfaden Herrn von Bethmann Hollwegs gehabt. Es wären dann auch Zweifel gestattet gewesen, ob mit der Durchführung des Wahlrechtserlasses vom 11. Juli voller Ernst gemacht werden würde. Indem die Gegner Herrn von Bethmann Hollwegs aber durchweg ihren Abschied erhielten, von seinen notorischen Anhängern dagegen neben dem Kolonialstaatssekretär Solff auch der Staatssekretär Helfferich, zwar nicht an der Spitze des Reichsamts des Innern, aber doch in der bedeutenden und einflußreichen Stellung als Vizekanzler im Amte bleibt, kann nur der gegenteilige Eindruck hervorgerufen werden, daß im großen und ganzen das System Bethmann Hollweg nur mit frischen und unverbrauchten Kräften und mit entsprechend gesteigerter Tatkraft fortgesetzt werden soll. Dieser Eindruck wird dadurch noch verstärkt, daß auf den Posten des Staatssekretärs des Auswärtigen derselbe Herr von Kühlmann berufen wurde, gegen den die „Deutsche Tageszeitung“ alle konservativ-alldeutschen Kräfte mobil zu machen versucht hatte, und daß trotz der Warnungen der „Kreuzzeitung“, wenn auch nicht für einen Ministerposten, so doch für ein Staatssekretariat im „Reichsernährungsamt“ ein Sozialdemokrat in der Person des Dr. August Müller in Aussicht genommen wurde. Das be-

deutet einmal, was ohnehin jeder, der Ohren zu hören und Augen zu sehen hatte, aus den Reden des Herrn Dr. Michaelis und aus der Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen“ vom 24. Juli entnehmen konnte: daß der deutsche Reichskanzler klar und entschieden in wesentlicher Übereinstimmung mit der Friedensresolution der Mehrheitsparteien im Reichstage die Grundlinie eines Ausgleichs- und Verständigungsfriedens auch für die kommende Zeit festhält, und es bedeutet zum anderen, daß er ebenfalls sich eins weiß mit seinem Vorgänger in dem Streben, die Sozialdemokratie als vollwertig den übrigen nationalen Parteien einzureihen. Es bedeutet, daß die kaiserliche Parole des 4. August „Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche“, der manches konservative Blatt nur eine vorübergehende Bedeutung beimessen wollte, nach wie vor in voller, uneingeschränkter Geltung bleibt. Es bedeutet in der Tat, was die „Kreuzzeitung“ fürchtete, daß es auch unter dem Reichskanzler Michaelis für keinen Staatsbürger ein Pudendum sein kann, sich zur Sozialdemokratie, so lange sie als ihr Kriegsziel nach den neuerlichen Scheidemannschen Worten die „Sicherung des deutschen Landes sowie der deutschen Zukunft“ festhält, zu bekennen, für sie einzutreten und sie zu fördern. Uns scheint es aus den in diesen Blättern oft dargelegten Gründen von der allergrößten Wichtigkeit zu sein, daß Herr Dr. Michaelis gerade in diesem Punkte das Erbe seines Vorgängers im Prinzip antritt; denn uns steht es fest, daß — ich eigne mir die Worte Georg Kleinows aus Nr. 30 der „Grenzboten“ an — noch unsere Kinder und Kindeskinde es Herrn von Bethmann Hollweg als bleibendes Verdienst danken werden, die deutsche Sozialdemokratie in die Front der den Staat, das Deutsche Reich erhaltenden Parteien eingereicht zu haben. Ja, wir möchten hoffen, daß es Herrn Dr. Michaelis noch mehr als seinem Vorgänger gelingen möge, die in den Reihen der Sozialdemokratie und nicht bloß in dieser Partei vorhandene Scheu vor einer Anteilnahme an der Verantwortung für die staatspolitische Leitung zu überwinden. Wenn Scheidemann in seiner Berliner Rede vom 26. Juli ausgesprochen hat: „Wir könnten an der Regierung nur teilnehmen, wenn alle Sondergesetze, die die Arbeiterschaft bedrücken, aufgehoben würden“, so ist in den „Grenzboten“ schon wiederholt der Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung, der Ausdehnung des Koalitionsrechts auf die Landarbeiter unter den gegebenen Rautelen — diese beiden Punkte hatte Scheidemann wohl hauptsächlich im Auge — das Wort geredet worden. Man darf vertrauen, daß Herr Dr. Michaelis, der keine tönenden Versprechungen liebt, sondern der Mann der Tat ist, an diesen beiden Punkten nicht erst mit Verheißungen, sondern gleich mit der gesetzgeberischen Tat eingreifen wird. Solches Vertrauen wird dadurch erhöht, daß an die Spitze des aus dem Reichsamt des Innern ausgeschiedenen Reichswirtschaftsamts, dem die Handels- und Wirtschafts- sowie die Sozialpolitik zufallen soll, der Oberbürgermeister von Straßburg i. Elsaß Dr. Schwander gestellt ist, dessen Name als der eines ungewöhnlich weitblickenden und fortgeschrittenen Sozialpolitikers bekannt ist.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß der Abgeordnete Scheidemann in seiner Rede vom 26. Juli nicht etwa die „Parlamentarisierung“ im Reiche, der er vielmehr kühl gegenüberzustehen erklärte, als eine Vorbedingung für die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung hingestellt hat. Auch in diesem Punkt hat Herr Dr. Michaelis im wesentlichen die Politik seines Vorgängers übernommen. Der entlassene Kanzler hat keineswegs, wie das von seinen Gegnern wohl behauptet worden ist, die Parlamentarisierung an sich gewollt, sondern nur in dem Sinne einer engeren Fühlung zwischen Regierung und Parlament und einer stärkeren Berücksichtigung von Parlamentariern bei der Besetzung der höchsten Reichs- und Staatsämter. Genau in der gleichen Richtung hat sich Michaelis schon in seiner ersten Reichstagsrede geäußert: „Ich halte es für nützlich und notwendig, daß zwischen den großen Parteien und der Regierung eine engere Fühlung herbeigeführt wird, und ich bin bereit, soweit dies möglich ist, ohne den bundesstaatlichen Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reiches zu schädigen, alles zu tun, was dieses Zusammenarbeiten lebens- und wirkungsvoller machen kann. Ich halte es auch für wünschenswert, daß das Vertrauensverhältnis zwischen dem Parlament und der Regierung dadurch enger wird, daß Männer in leitende Stellen berufen werden, die neben ihrer persönlichen Eignung für die leitende Stellung auch das volle Vertrauen der großen Parteien und der Volksvertretung genießen.“

Wie die engere Fühlung zwischen der Regierung und den großen Parteien, die Herr Dr. Michaelis nach dem Vorbild seines Vorgängers in Aussicht gestellt hat, herbeigeführt werden soll, das ist, zur Enttäuschung eines Teils der Presse in dem Revirement, das sich ganz ohne Mitwirkung des Reichstages wie des Landtages abgepielt hat, noch nicht in Erscheinung getreten. Es schweben über diesen Punkt noch Erwägungen, die dahin zu gehen scheinen, daß ein parlamentarischer Rat — schon in den Tagen Herrn von Bethmann Hollwegs war von der Einrichtung eines Reichsrates die Rede — unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eingeführt werden solle, der auch während der parlamentsfreien Zeit eine nähere Beteiligung der Parteien an den Regierungsgeschäften, so namentlich auch eine Mitwirkung bei Vorbereitung von Gesetzentwürfen sichere. Die abweichende Haltung, die manche linksliberalen Blätter von vornherein gegen diese Pläne einnehmen, ist sicherlich nicht gerechtfertigt; man sollte doch erst einmal abwarten, was dabei herauskommt. Es scheint keineswegs ausgeschlossen, daß bei künftigen Ministerernennungen die Mitwirkung dieses parlamentarischen Rates gesucht wird. Daß bei den jetzigen Ministerernennungen eine vorherige Verständigung mit den Parlamenten nicht stattgefunden hat, lag eigentlich doch in der Natur der Dinge. Hätte etwa die Besetzung der höchsten Reichsämter nach vorheriger Fühlungnahme mit den großen Parteien des Reichstages, der Ministerstellen in Preußen, unter Mitwirkung der Mehrheitsparteien im Landtage erfolgen sollen? Dann wäre doch eine recht bunte Reihe zustande gekommen. Mir scheint, daß man in der tief

in die ganze Struktur des Reiches und der Einzelstaaten einschneidende, noch keineswegs genügend geklärte, auch innerhalb der Parteien — es sei nur an die höchst widerspruchsvolle Haltung des Zentrums und der nationalliberalen Partei erinnert — nicht geklärte Frage der Parlamentarisierung nicht zu hastig und überstürzt, am wenigsten nach der Parole alles oder nichts vorgehen sollte. Wie verhängnisvoll diese Parole ist, sollten namentlich unsere Linksparteien in den Tagen der großen Regierungskrise erkannt haben, wo sie die goldenen Äpfel der Parlamentarisierung mit einem Male vom Baume heruntergeschütteln wollten, ohne — neben dem Sturze des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg — etwas anderes zu erreichen, als daß durch das Lohmabohru der damaligen Vorgänge weite Kreise unseres Volkes gründlich in dem Zweifel bestärkt worden sind, ob unsere politischen Parteien bei ihrer Zerspaltung und Zerklüftung, nicht bloß untereinander, sondern bis in die eigenen Reihen hinein, reif für den Parlamentarismus seien. Hat doch selbst ein sozialdemokratischer Schriftsteller wie Wilhelm Jansson in der „Blocke“ vom 28. Juli bei einem Rückblick auf die Regierungskrise die Frage, ob es für Deutschland sonderlich besser gewesen wäre, wenn wir das parlamentarische System nach dem Muster der westlichen Demokratien gehabt hätten, glatt verneint. Jansson ist unbefangen genug, um ohne weiteres anzuerkennen, daß das parlamentarische System dieser westlichen Demokratien alles andere als demokratisch sei, und daß seine gedankenlose Übertragung auf deutsche Verhältnisse nicht etwa das sei, was der deutschen Demokratie frommen könne. Wenn Jansson hinzufügt: „Sobald sich der Reichstag und der demokratisierte preußische Landtag in Stande zeigen, eine entschlossene Mehrheit zu bilden und sie auf ein Aktionsprogramm zu vereinigen, dann haben sie die Macht, die sie brauchen“, so trifft das den Nagel auf den Kopf. Ist erst das gleiche Wahlrecht in Preußen durchgeführt, sind dadurch die Verhältnisse zwischen Preußen und dem Reich einigermaßen ausgeglichen, dann wird es an der Zeit sein, eine echt deutsche Parlamentarisierung durchzuführen. Jetzt, das war Herrn von Bethmann Hollwegs Auffassung, das ist offenbar erst recht Herrn Dr. Michaelis' Ansicht, läßt sich gerade diese Frage nicht über das Arie brechen; hier sollte man sich vorerst mit der schrittweisen Anbahnung eines näheren Verhältnisses zwischen Regierung und Parlament und mit der größeren Berücksichtigung des parlamentarischen Elements bei Ministervakanzen begnügen.

In letzterer Hinsicht hat der Reichskanzler ja den ersten Schritt durch die Ernennung des Oberlandesgerichtspräsidenten Spahn zum preußischen Justizminister und des Geheimen Justizrats von Krause zum Staatssekretär des Reichsjustizamts getan. Es ist ja nicht das erstemal, daß hervorragende Parlamentarier zu Ministern berufen wären; man erinnere sich nur des Landwirtschaftsministers Lucius, der Finanzminister Sobrecht und Miquel; auch Bennigsen ist bekanntlich von Bismarck 1877 ein Portefeuille angetragen worden. Das erstemal aber ist es, daß ein Führer des Zentrums in die Regierung eingetreten

ist, und daß einem Mitgliede der Freisinnigen Volkspartei — es soll der Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung“ Dr. Oser sein — der Eintritt angeboten worden ist. Es fällt auf, daß bei der Auswahl der Parlamentarier für die höchsten Regierungsstellen die konservative und die freikonservative Partei — der neue Landwirtschaftsminister von Eisenhart-Rothe zählt hier als Mitglied des Herrenhauses doch kaum mit — völlig übergangen sind, das ist sicherlich kein Zufall. Der tiefere Grund liegt ohne Frage darin, daß beide konservative Parteien sich noch neuestens, die konservative Partei sogar noch nach dem 19. Juli ausdrücklich gegen die Durchführung des gleichen Wahlrechts in Preußen festgelegt haben. Solange das der Fall bleibt, wird die Regierung sich im Reiche wie in Preußen logischerweise in erster Linie an diejenigen Parteien zu lehnen haben, bei denen sie einer Unterstützung auf ihren Wegen, sowohl in der äußeren wie in der inneren Politik gewiß sein darf, d. h. im wesentlichen an diejenigen Parteien, die schon den erst in der Julikrise in die Brüche gegangenen sogenannten Bethmann-Block bildeten. Daß sämtliche neu-ernannten Minister, vor allem auch der neue Minister des Inneren Dr. Drews auf dem Boden nicht allein der Osterbotschaft, sondern auch des Wahlrechts-erlasses vom 11. Juli stehen, ist selbstverständlich; für seine Person hat es der Reichskanzler ganz ausdrücklich ausgesprochen. Er ist sicherlich auch der Mann, die verpfändete Zusage der Krone voll einzulösen. Man erinnere sich nur der Worte, mit denen er nach seiner Ernennung zum preußischen Staatskommissar für Volksernährung im Landtage (7. März) drohendem Widerstande begegnet war. „Ich wollte wissen, wer mir in den Arm fallen will und mit Erfolg in den Arm fallen würde, wenn ich meine Pflicht auf diesem Gebiete tue.“ Herr Dr. Michaelis hat es bewiesen, daß diese Worte kein bloßes Gerede gewesen sind. Er wird auch zuzupacken und reine Bahn zu schaffen wissen, wenn ihm in der größeren und umfassenderen Aufgabe, die ihm jetzt anvertraut ist, eine oder die andere Partei in den Arm zu fallen sucht.

Das ist überhaupt der Unterschied zwischen Herrn Dr. Michaelis und seinem Vorgänger: Beide wandeln sie im wesentlichen dieselben Pfade, steuern sie denselben Kurs, in der äußeren wie in der inneren Politik. Aber die größere Tatkraft und Entschlossenheit, die kräftigere Zügelfaust, das freudigere Vertrauen auf sich selbst und auf die Kräfte, die er zusammenhalten soll im Dienste des Vaterlandes, die sucht die Öffentlichkeit doch wohl mit Recht bei dem neuen Kanzler. Etwas von dieser Tatfreude schimmert ja auch in der kaiserlichen Entschlebung vom 5. August durch: mit raschem Griff hat der Kanzler die Zerlegung des Reichsamts des Innern durchgesetzt, zu der man sich bisher nie zu entschließen vermochte, ebenso die Vereinigung des Kriegsernährungsamts und des Postens des preußischen Staatskommissars zu einem Reichsernährungsamt: beides höchst zweckmäßige Maßregeln. Herr Dr. Michaelis wird ganz sicherlich auch bei der Auswahl der Persönlichkeiten zu seinen nächsten Gehilfen und Gefährten im Reich wie in Preußen auf die Eigenschaften, die

ihn selbst befeelen, auf Tatkraft und Entschlußfreudigkeit, gesehen haben, und er wird sich die Fähigkeit zutrauen, dort, wo es an diesem Geist noch fehlen sollte, ihn einzulösen. In der Deffentlichkeit hat die erste größere Tat Herrn Dr. Michaelis', die wir in der Durchführung des Revirements zu erblicken haben, noch keineswegs volle Zustimmung ausgelöst. Man fürchtet vielfach in dem „Beamtenministerium“ eine Versteifung auf das System der Bureaukratie finden zu müssen, das nach weitverbreiteter Auffassung das Vertrauen des deutschen Volkes verloren haben soll. Nun, man wird die Taten dieses neuen Beamtenministeriums, an dessen Spitze Herr Dr. Michaelis steht, abzuwarten haben. Im Weltkriege soll man das Gute nehmen, woher es kommt. Wenn der Bureaukrat Michaelis und sein Beamtenministerium die Geschicke Deutschlands und Preußens mit kraftvoller Hand zum Heile des Vaterlandes leiten, was wir von ganzen Herzen hoffen und wünschen, so sollen sie uns gesegnet sein!

